

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 3. Dezember 2018

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 23. Nov. 2018**Debatte über Wohnungspolitik und neue Baugebiete – Gebührenfreiheit für Kinder unter 3 Jahren – Gedenken an Opfer der „Marburger Jäger“ – Zweckentfremdung von Wohnraum**

Nach einer Pause im Oktober trat die Marburger Stadtverordnetenversammlung am 23. November wieder zu Sitzung zusammen. Schon bei der Aufstellung der Tagesordnung kam es zu einem kleinen Eklat. Unser Stadtverordneter Roland Böhm, der Vorsitzende des Sozialausschusses, beantragte, die Beratung zur **kostenlosen Betreuung von Kindern** unter drei Jahren wieder auf die Tagesordnung zu setzen. In den Ausschüssen hatte man mit Mehrheit der Magistratsfraktionen den entsprechenden Antrag der Marburger Linken in die Haushaltsberatungen verwiesen. Die Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk (SPD), die zwar die Magistratsseite wortreich sprechen ließ, verweigerte dem linken Stadtverordneten nicht nur eine notwendige Begründung, sondern ließ auch keine Fragen zu. Also Sitzungsunterbrechung und kleiner Kompromiss: eine Frage durfte gestellt werden. Ärgerlich, dass die Opposition nicht zum ersten Mal derart geschügelt wurde. Damit ist das Thema Kinderbetreuung aber noch lange nicht vom Tisch.

Generaldebatte über Wohnungspolitik

Den meisten Raum nahm die Debatte über die Schaffung von neuem Wohnraum in Marburg ein. Die Beschlussvorlage des Magistrats sah vor, dass vorrangig am Hasenkopf (Stadtwald) neue Wohnungen entstehen und eine Quote für den sozialen Wohnungsbau von 30 Prozent eingehalten werden soll. Zugleich lagen Vorschläge für Wohnungsbau im Marburger Osten (Bauerbach, Schröck), auf den Lahnbergen oder dem Gelände der ehemaligen Uni-Bibliothek vor.

Tanja Bauder-Wöhr, Mitglied im Bauausschuss, sprach sich für die Marburger Linke für die Vorhaben am Hasenkopf aus. Sie kritisierte aber, dass die städtische GeWobau als Trägerin des sozialen Wohnungsbaus Quadratmeterpreise von 7 bis 10 Euro anvisiere, die für Menschen mit niedrigem Einkommen immer noch zu hoch seien. Eine Stadt wie Wien habe beschlossen, dass 2/3 aller neu entstehenden Wohnungen nicht mehr als 5 Euro kalt pro Quadratmeter kosten dürften. Dagegen setzt man in Marburg noch immer in erster Linie auf Investoren.

Renate Bastian, Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken, gab zu bedenken, dass der Stadtwald nicht allein den sozialen Wohnungsbau tragen könne. Gerade in dieser Hinsicht müsse auch der Obere Rotenberg weiter berücksichtigt werden. Sie forderte eine städtebauliche Planung für beide Bereiche, die Modellcharakter in Bezug auf Landschaftspflege, soziale Architektur, Infrastruktur und Verkehr habe. Zu den Zielsetzungen des auszuschreibenden Wettbewerbs müssten die Betroffenen beteiligt werden.

Jonathan Schwarz, Mitglied im Verkehrsausschuss, ermahnte SPD und CDU schließlich, sich eher Gedanken über die Stärkung des ÖPNV als über neue Umgehungsstraßen zur Erschließung der Baugebiete im Westen zu machen, denn diese schafften neue Belastungen in Form von Schmutz und Gestank durch den Autoverkehr für die Außenstadteile und Nachbargemeinden. Die Marburger Linke sprach sich für neue Wohnbebauung im Marburger Westen und im Osten aus, verweigerte aber die Zustimmung zur Bebauung der Lahnberge und auf dem Uni-Gelände.

Altes Thema: Ferienwohnungssatzung

Eine weitere Aussprache gab es zu dem Antrag der GRÜNEN, den Missbrauch von Wohnraum durch die Vermietung als Ferienwohnungen durch eine Satzung zu verhindern - ein Anliegen, das die Marburger Linke bereits 2015 eingebracht hatte, wie Tanja Bauder-Wöhr nachwies. Damals hatte das Stadtparlament einstimmig so beschlossen. Jetzt brachten die Grünen das Thema erneut ein, aber die Mehrheit lehnte ab. Der Stadtverordnete der Marburger Linken Henning Köster bekräftigte, dass Eigentum verpflichte. Er verlangte, dass die Stadt beobachte, inwieweit mit Wohnraum Geschäfte gemacht würden.

Links wirkt: Den Opfern der „Marburger Jäger“ wird gedacht

Die Marburger Linke hatte beantragt, zum 100. Jahrestag den Opfern eines Massakers der "Marburger Jäger" im schlesischen Königshütte zu gedenken. Da eine Verschiebung des Gedenkens aus verschiedenen Gründen Sinn machte, einigte man sich darauf, dass im Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges am 1. September 1939 auch die militaristische Vergangenheit der Stadt Marburg besonders im Hinblick auf die Marburger Jäger thematisiert werden soll.

Im Anschluss an die Stadtverordnetensitzung sollte sich ein neuer **Akteneinsichtsausschuss** konstituieren, den die Grünen beantragt hatten, um die Ereignisse um den geplanten **Verkauf von Grundstücken im Stadtwald** durch die SEG zu untersuchen. Nach heftigen Attacken auf Tanja Bauder-Wöhr, die neben Roland Böhm für die Marburger Linke in den Ausschuss entsandt worden war, „platzte“ die Sitzung. Obwohl die Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) nichts gegen die Mitgliedschaft Bauder-Wöhrs im Ausschuss einzuwenden hatte und diese Rechtsauffassung später bekräftigte, behaupteten Vertreter von SPD und CDU, ihre Teilnahme sei unanständig, da sie Mitglied im Aufsichtsrat der SEG sei. Tanja Bauder-Wöhr erklärte aus Protest ihren Rücktritt aus dem Ausschuss.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian, Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jonathan Schwarz, Inge Sturm